www.leeza.at, info@leeza.at
Postfach 105, 1181 Wien, Tel.: 0650-5236415
Knt. Nr.: 6.955.355, BLZ: 32.000 Raiffeisen Landesbank NÖ
IBAN AT4432 0000 0006 955355, BIC (SWIFT) RLNWATWW

Bildbericht der LeEZA-Projektreise in die Osttürkei im April 2012

Wir besuchten im April 2012 gemeinsam mit zwei Journalistinnen der Frauensolidarität und der APA das Frauenzentrum in Dêrsim, trafen uns mit Initiativen und Vereinen in Diyarbakir, Dêrsim und Van, und reisten in das durch den Ilisustaudamm bedrohte Hasankeyf. Weiters beobachteten wir einen der Gerichtsprozesse („KCK-Prozesse“) in Diyarbakir. Es folgt eine kurze Zusammenfassung dieser Reise.

Bild: LeEZA-Delegation bestehend aus (v.l.n.r.) Saya Ahmed, Soma Ahmed, Mary Kreutzer, Kiymet Ceviz, Alicia Allgäuer, Tom Rammerstorfer, Thomas Schmidnger. Seyid Rizas Statue steht erst seit 2010 im Zentrum von Dêrsim. Er war der Anführer des Aufstandes von 1937. (alle Fotos ©LeEZA)

1.) Letzter Ausweg: Selbstmord oder Prostitution? Das Frauenzentrum in Dêrsim/Tunceli bietet eine Alternative

Alles begann 2009, als eine LeEZA-Delegation die Stadt besuchte und im Gespräch mit Gemeindebediensteten sowie Mitarbeiterinnen des selbstverwalteten Bäckereiprojektes die Idee entwickelten, ein Frauenzentrum zu eröffnen, denn der Bedarf an Schutzräumen war enorm und das Angebot für Frauen in Not dürftig. Besucherinnen und Nutznießerinnen des von der Bürgermeisterin der kurdischen Stadt Tunceli/Dêrsim Edibe Şahin in Kooperation mit LeEZA und einer Startfinanzierung durch die Stadt Wien und durch den Weltgebetstag der Frauen Österreich gegründeten Frauenzentrums sind die Bewohnerinnen der Stadt sowie der Dörfer rund um die Stadt. Es sind dies in erster Linie Frauen und Mädchen, die von individueller und von struktureller Gewalt betroffen sind. Hauptsächlich ist das häusliche Gewalt, Zwangsverheiratung, sexualisierte Gewalt, politische Gewalt durch das türkische Militär, Prostitution, Zwangsprostitution und Armut.

„Ich bin seit 14 Jahren hier verheiratet. Die meiste Zeit davon erlebten ich und meine Kinder extreme Gewalt durch meinen Mann. Vor zwei Jahren schlug er mich halb tot, doch die Polizei wollte mich nicht schützen und schickte mich nach der Notoperation zu ihm zurück. Für mich gab es nur noch einen Ausweg: Selbstmord oder Prostitution.“ Als unsere Interviewpartnerin, die wir im Frauenzentrum antreffen, dann die mobilen Mitarbeiterinnen des Frauenzentrums kennenlernte, sah sie eine Alternative. Gemeinsam mit dem Team sowie mit der Bürgermeisterin versuchen sie nun, die Scheidung durchzusetzen. Der Ehemann willigt in diese zwar noch nicht ein, doch die Gewaltexzesse gegen seine Frau hörten auf. „Vorher schämte ich mich wegen der Gewalt. Ich sprach mit

niemanden darüber, doch alles wurde dadurch nur schlimmer. Heute weiß ich: wir müssen die Gewalt öffentlich machen und das Schweigen durchbrechen."

Die meisten Frauen, die in Tunceli/Dêrsim wohnen, sind Einheimische, bzw. Binnenflüchtlinge, deren Dörfer während des Krieges der 1990er Jahre durch das türkische Militär zerstört und in Brand gesetzt wurden. Andere wiederum mussten ihre Dörfer verlassen, weil sie dem Netz an Staudämmen, mit dem die Region überzogen wird, im Wege standen.

Bild: Zu Besuch im Frauenzentrum von Tunceli/Dêrsim, Gespräch mit den Mitarbeiterinnen.

Das mobile Betreuerinnenteam des Frauenzentrums bietet psychosoziale und rechtliche Beratung, Begleitung und Betreuung für benachteiligte Frauen und Mädchen. Es werden auch Aufklärungsvorträge für Männer (Gewalt, Sexualität, uvm.) angeboten.
Das Zentrum gibt auch Unterstützung bei der Lösung der Probleme an, die durch Binnenmigration und durch die oben angeführten Gewaltsituationen entstanden sind.

„Die Unterstützung aus Österreich kam im richtigen Moment", so Özlem Uç Çiçek, die Soziologin und Leiterin des Frauenzentrums, „denn wir konnten so neben ehrenamtlich arbeitenden Juristinnen auch eine Psychologin anstellen, und besser planen. Außerdem fühlen wir uns weniger alleine, Solidarität stärkt uns und gibt uns Kraft für die tägliche Arbeit." Weiters konnte mit der Finanzierung aus Österreich auch längerfristig geplant werden: Broschüren wurden gedruckt, Seminare angeboten, auch die Leiterin selbst konnte endlich angestellt arbeiten, denn sie hatte ebenfalls zuvor ehrenamtlich im Zentrum mitgearbeitet. Nach wie vor ungelöst ist die Frage der Unterbringung. „Leider haben wir in Dêrsim kein Frauenhaus, wo wir von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder auch längerfristig unterbringen können. In einem Land, in dem täglich 4-5 Frauenmorde verübt werden, ist das ein Problem." In einer von den Mitarbeiterinnen durchgeführten Umfrage mit 225 befragten Frauen wünschten sich 98 % ein solches Schutzhaus.

Links zu Berichten über unseren Besuch:
http://www.newedeDêrsim.com/news_detail.php?id=10484

http://www.tunceli.bel.tr/mansetoku.php?HaberId=53&fb_source=message

www.leeza.at, info@leeza.at
Postfach 105, 1181 Wien, Tel.: 0650-5236415
Knt. Nr.: 6.955.355, BLZ: 32.000 Raiffeisen Landesbank NÖ
IBAN AT4432 0000 0006 955355, BIC (SWIFT) RLNWATWW

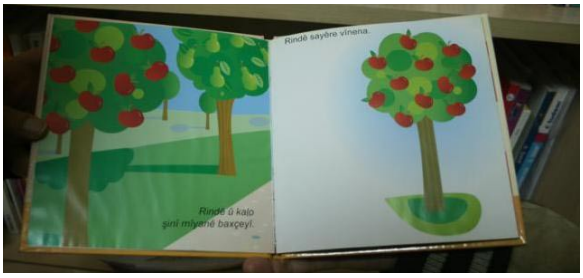
2.) Weitere Gemeindeprojekte in Dêrsim/Tunceli

Wir besuchten auch noch folgende von der Gemeinde betriebenen Einrichtungen: ein Jugendzentrum, ein Nachhilfezentrum und ein Rehabilitations- bzw. Krisenzentrum für drogenanhängige Jugendliche.

Im **Jugendzentrum** werden jungen Mädchen und Burschen vielfältige Freizeitaktivitäten angeboten. So können sie sich beispielsweise dem Chor anschließen, Sprachkurse (Zazaki und Kurmanji) und Workshops zum Thema Geschlechtergerechtigkeit wahrnehmen oder auch an Sportkursen teilnehmen.

Vor allem das von den MitarbeiterInnen selbst gebaute „Taschenkino“ hat bereits zahlreiche AnhängerInnen, denn das einzige Kino in dieser Region wird auch für Theater- und Schauspielkurse sowie für zwei mittlerweile etablierte und bekannte Filmfestivals (Munzur- und Menschenrechtsfilmfestival) genutzt. Insgesamt nutzen zur Zeit circa 300 Jugendliche das vielseitige Angebot des Jugendzentrums, davon sind ca. die Hälfte junge Frauen und Mädchen. Insgesamt erfreut sich das Zentrum mit seinen kostenlosen Kursen und Workshops großer Beliebtheit und nimmt einen zentralen Stellenwert im alltäglichen Leben der jungen Menschen ein.

Das **Nachhilfezentrum Dilek Serin** wurde nach einem 13-jährigen Mädchen benannt, das 1990 vom türkischen Militär ermordet wurde. Die Zielgruppen sind SchülerInnen aus der Volks-, Mittel- und Oberstufe. Die Institution existiert seit zwei Jahren. Bereits 250 Kinder haben die angebotene Unterstützung in Anspruch genommen, in erster Linie sind dies Kinder aus sozial sehr schwachen Familien.



Zusätzlich zur herkömmlichen Nachhilfe organisieren die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen auch Kurse in Ökologie, Alewitentum und Sprachen (z.B. Zazaki und Kurmancî, siehe Bild links). Einige ehemalige SchülerInnen besuchen bereits die Universität und geben selbst in diesem Zentrum Nachhilfe. Das Bildungsministerium wolle nun jedoch das Nachhilfezentrum schließen lassen, weil dort muttersprachliche Kurse angeboten werden, erzählten uns die MitarbeiterInnen vor Ort.

Dersîm/Tunceli verfügt darüber hinaus auch über ein **Rehabilitations- und Krisenzentrum**. Dieses ist primär für die Stadt Dersîm zuständig, auf Nachfrage besucht das Team, bestehend aus einem Sozialarbeiter und einer Psychologin, aber auch die umliegenden Dörfer. Die Stelle besteht seit 11 Monaten und bis dato wurden 58 Jugendliche betreut, 11 davon sind junge Frauen. Die Gemeinde Dersîm/Tunceli hatte den Vali (Gouverneur der Provinz Dersîm/Tunceli) in dieser Frage kontaktiert und es entstand eine Kooperation mit dem Gesundheitsministerium, um die Finanzierung des Zentrums zu gewährleisten. Heuer hatte die Gemeinde erneut einen Antrag eingebracht, dieser wurde jedoch leider abgelehnt.

Bilder: Gespräch mit der Bürgermeisterin und den Mitarbeitern des Rehabilitationszentrums.

Das Zentrum legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Familien der Betroffenen und auf bewusstseinsbildende Maßnahmen in den Schulen. Die Stelle vermittelt darüber hinaus befristete Arbeitsstellen an die Jugendliche, denn der Mangel an Jobs stellt in Dersîm/Tunceli eines der größten strukturellen Probleme dar. Die Arbeitslosigkeit ist eine große Belastung für die jungen Menschen, die mitunter auch in die Drogenabhängigkeit führt.

3.) Sarmaşık: Kampf gegen Hunger und Armut

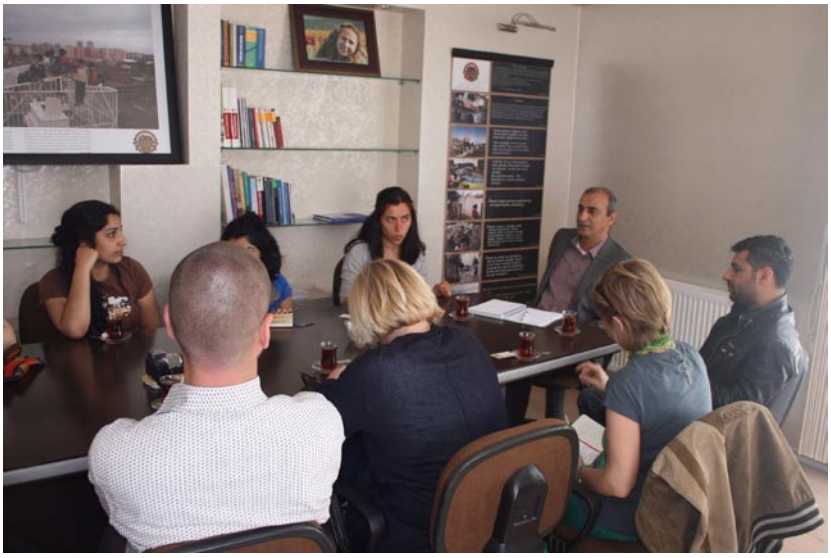
Sarmaşık ist eine in Diyarbakir stationierte NGO, die Armut bekämpft und sich für den Aufbau von nachhaltiger Entwicklung einsetzt. Im Rahmen der Projektreise konnte LeEZA den Generalsekretär des Vereins Sherif Camci treffen und dadurch einen Einblick in die Arbeit von Sarmaşık gewinnen.

Bild: im Lager der Nahrungsmittelbank von Sarmaşık.

Auf Grund von politischen Repressionen ist gerade die Region in und um Diyarbakir stark von Armut betroffen. Um die Situation genau einschätzen zu können, hat Saramsik eine Umfeldanalyse durchgeführt und dabei 36.800 EinwohnerInnen von Diyarbakir zu ihrer sozio-ökonomischen Lage befragt. Das Ergebnis ist frappierend: 30.000 Menschen leben unter der Armutsgrenze. „Das heißt, diese Personen können keinerlei Einkommen aufweisen und sich daher nicht eine einzige warme Mahlzeit pro Tag leisten“, so Camci. Auf dieses

Problem hat Sarmaşık reagiert und eine „Nahrungsmittelbank“ ins Leben gerufen. Sie funktioniert ähnlich wie der in Österreich bekannte Sozialmarkt, allerdings bekommen in Diyarbakir die KundInnen die Lebensmittel kostenlos. Die „Nahrungsmittelbank“ stellt Grundnahrungsmittel, wie beispielsweise Reis, Nudeln, Mehl oder Speiseöl, zur Verfügung und hilft somit monatlich 3380 Familien.

Besonders Frauen seien stark von Armut betroffen, so Camci. Daher hat Saramsik auch ein Projekt speziell für Frauen ins Leben gerufen. Es sieht eine gesundheitliche Grundversorgung vor und versorgt Frauen u.a. mit Hygienematerial. Überdies bietet es spezielle berufsbildende Kurse für die Frauen. Camci erklärt: „Am Ende der Kurse sollen alle ausgebildeten Frauen einen Arbeitsplatz finden können.“



Neben der Arbeit in Diyarbakir, die von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen durchgeführt wird, sammelt Sarmaşık auch Spenden für die Erdbebenopfer in Van. Das Spendengeld wird dann Partnerorganisationen übermittelt, die direkt vor Ort in Van arbeiten. Van hat sich nach wie vor nicht vom verheerenden Erdbeben im Oktober 2011 (Stärke 7,2) erholt, die Aufbauarbeiten gehen nur sehr schleppend voran. LeEZA hat im Zuge eines Spendenaufrufs mit Sarmaşık kooperiert. Mit den Spendengeldern konnte Sarmaşık Notunterkünfte, Sanitäranlagen sowie Nahrungsmittel zur Verfügung stellen. Konkret konnten damit 2500 Familien monatlich mit Nahrungsmittel versorgt werden.

Trotz dieser gemeinnützigen Arbeit sind auch lokale Vereine nicht gegen staatliche Schikanen geeicht. So hat der türkische Staat kurz nach dem verheerenden Erdbeben in Van im Oktober 2011, als die Spendengelder eingetroffen sind, die Vereinskonten sperren lassen. Der Vorwurf: den lokalen Hilfsorganisationen wird eine vermeintliche Nähe zur KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) nachgesagt. Auch Sarmaşık war davon betroffen und hatte über einige Wochen hinweg keinen Zugang zu den Geldern. Erst nach zahlreichen Einsprüchen und knapp zwei Monaten wurden die Konten wieder freigegeben.

Website: www.Sarmasik.org

4.) Van – ein halbes Jahr nach der Katastrophe

Am 23. Oktober 2011 ereignete sich in der ostanatolischen Provinz Van ein verheerendes Erdbeben von der Stärke 7,2 auf der Richterskala. Behördenangaben zufolge wurden dabei 570 Menschen getötet und über 2500 verletzt. Wenige Tage später, am 9. November, folgte das erste von zahlreichen Nachbeben, das mit einer Stärke von 5,7 ebenso gravierende Zerstörungen zur Folge hatte. Am stärksten betroffen waren die Städte Van und Erciş.
Nachdem die staatliche Hilfe mehr als unzureichend war bzw. sehr spät kam, organisierten lokale NGOs gemeinsam mit den Stadtregierungen der Provinz Van und der Unterstützung durch internationale private Spenden die Erstversorgung der Erdbebenopfer. Auch LeEZA startete einen Spendenaufruf in Österreich und sandte das Geld über die in der Region tätige NGO Sarmaşık nach Van. Eine LeEZA-Delegation besuchte am 7. April 2012 die Stadt Van, um sich ein Bild von der Situation ein halbes Jahr nach dem Erdbeben zu machen.
Schon beim Einfahren in die Stadt stachen uns zu allererst die zahlreichen Containersiedlungen und Zeltstädte – zum Teil mit UNICEF-Logo, zum Teil einfach aus selbst zusammengesuchten Plastikfetzen bestehend – ins Auge. Ein Panzerfahrzeug fährt langsam Gasse für Gasse zwischen den Containern ab, der Radarschirm auf dem Dach dreht sich permanent hin und her – selbst die Überlebenden des Erdbebens werden vom überall präsenten Militär nicht aus dem Auge gelassen. Schnell wurden wir des Ausmaßes der Katastrophe gewahr, als wir Richtung Zentrum fuhren und an praktisch jedem noch stehenden Haus zumindest herunter gebröckelten Verputz, wenn nicht gar große Risse in der Mauer und schiefe Häuserwände sahen. All diese Häuser sind aber – aus Mangel an Alternativen – noch bzw. wieder bewohnt.

Von einem Gemeindebediensteten werden wir ins Büro des Bürgermeisters gebracht: ein grauer Container auf einem staubigen Platz mitten in der Stadt. „Auch wir mussten aus dem beschädigten Rathaus ausziehen“, begrüßt uns der Pressesprecher des Bürgermeisters. „Von hier aus haben wir die Hilfe für die Bevölkerung koordiniert.“ Die Gemeinde hat mit sämtlichen NGOs, darunter auch Sarmaşık, die Nothilfe für die tausenden Opfer organisiert. „Die komplette Infrastruktur, das Gesundheitssystem, die Häuser, alles war zerstört. Die Regierung reagierte sehr langsam, nämlich die ersten drei Monate fast gar nicht und die Gesundheits- und Versorgungssituation war sehr prekär.“ Noch dazu forderten die ständigen Nachbeben weitere Opfer und säten Panik unter den Überlebenden. Viele Menschen waren in ihre halbzerstörten Häuser zurückgekehrt, welche vielfach

erst bei einem dieser Nachbeben vollends einstürzten und die BewohnerInnen unter den Trümmern begruben. Doch die Regierung reagierte immer noch nicht. „Menschen wurden sogar von der Polizei verprügelt und mit Tränengas vertrieben, als sie vor dem Büro des [von der Regierung eingesetzten] Gouverneurs um Hilfe baten“, erzählt der Pressesprecher des Bürgermeisters weiter. Zudem wurden sämtliche Bankkonten der Gemeinde und NGOs gesperrt, die im Krisengebiet Hilfe leisten wollten, mit dem absurden Argument, dass der Staat für die Krisenhilfe zuständig sei. „Der staatliche Krisenfond hätte eigentlich diese Hilfe koordinieren sollen, aber bis heute wurde kein Geld daraus nach Van geschickt.“

Erst nach einigen Monaten, mitten im harten Winter, ließ die Regierung endlich 21 Containersiedlungen bauen, in denen nun ca. 70.000-80.000 Menschen in winzigen Containerhäuschen untergebracht sind. Gemeinden und NGOs mussten die Krisenhilfe selbst in die Hand nehmen, um die Menschen vor dem Erfrierungs- und Hungertod zu retten. Dank der zahlreichen Spenden aus dem In- und Ausland konnten Lebensmittel- und Sachspenden verteilt, Suppenküchen organisiert und Waschküchen gebaut werden, um die akutesten Bedürfnisse der Erdbebenopfer zu decken. Auch wurde mit anderen Städten, bspw. Diyarbakır, eine Koordinationsstelle für Notwohnungen eingerichtet, um die Menschen über den Winter zu versorgen.

80% dieser Personen sind nun schon wieder nach Van zurückgekehrt, was bedeutet, dass die Stadt immer noch vor der großen Herausforderung steht, für alle diese Menschen Wohnraum und Infrastruktur zu schaffen. Denn die Containersiedlungen sind nicht nur schlecht ausgestattet und viel zu klein für die Großfamilien, sondern sie wurden auch am Stadtrand gebaut, wo es keine Versorgungsstruktur gibt, von wo aus die Kinder keine Schule besuchen können und die Menschen weit davon entfernt sind, wieder zu ihrem Alltag zurückzufinden.

5.) Besuch in Hasankeyf: „Niemand möchte von hier weg ziehen!“

Am 8. April besuchte eine LeEZA-Delegation Hasankeyf in der Provinz Batman. LeEZA setzt sich seit Jahren im Rahmen der ECA-Watch bzw. Stop Ilisu-Kampagnen für den Erhalt dieses Ortes ein.

Die bevorstehende Überflutung der über 10 000 Jahre alten Höhlenstadt durch den Ilisu-Staudamm stellt einen Akt anti-zivilisatorischer Barbarei dar, gegen den selbst die Vernichtung der Buddha-Statuen von Bamyan durch die Taliban als lässliche Sünde erscheint. Doch Zweifel und Zögern sind dem türkischen Staat fremd, man schreitet voller Selbstbewusstsein ans Vernichtungswerk.

„Niemand möchte von hier weg ziehen“, antwortet der Wirt im Fischrestaurant auf unsere Frage nach seiner Zukunft. In den kahlen und unfruchtbaren Bergen rund um Hasankeyf, in die die meist kurdischen BewohnerInnen deportiert werden sollen, ist ein erträgliches Dasein schwer vorstellbar. Zudem besteht akute Erosionsgefahr, was wiederum auch für den Staudamm das Risiko zu verschlammen bedeutet. Vermutlich würden die Jungen weg ziehen und die Wohnsilos von Batman und Diyarbakir füllen. Familien und andere soziale Strukturen werden zerrissen. Älteren bleibt wohl nichts anderes über, als im „neuen Hasankeyf“ in den Bergen ihren Lebensabend zu verbringen: Mit einem Stausee vor der Nase, der ihre Stadt, ihre Häuser und Gärten vernichtet hat.

Neben der Existenzgrundlage tausender Menschen soll mit Hasankeyf auch ein Ort zerstört werden, der 9 von 10 möglichen Kriterien als Unesco-Weltkulturerbe erfüllt (zum Vergleich: Venedig erfüllt sechs, die ägyptischen Pyramiden vier). Die aus dem Tigris ragenden Pfeiler der 1116 erbauten Brücken, die Paläste der im Laufe der Jahrtausende hier herrschenden Kulturen und vor allem die rund 6000 bewohnbaren Höhlen würden unwiederbringlich verloren gehen.

Noch gibt es ein paar Fünkchen Hoffnung, das Wahnsinnsprojekt juristisch zu stoppen. Die EinwohnerInnen Hasankeyfs sind von stolzem Trotz erfüllt. Der Vater des Wirtes baut gerade an einer Mauer rund um das Fischrestaurant. Diese wird die Fluten zwar nicht abhalten können, wohl aber die Resignation. LeEZA wird weiterhin über die aktuellen Entwicklungen berichten.

6.) Hebûn: „Als kurdischen Schwule und Lesben sind wir doppelt diskriminiert“

Bei einem Treffen mit der kurdischen LGBT-Organisation Hebûn konnte sich LeEZA von der wichtigen Arbeit der einzigen Organisation lesbischer, schwuler, bisexueller und Transgender-Personen im gesamten kurdischen Sprachgebiet der Türkei überzeugen. Hebûn wurde 2011 als Nachfolgeorganisation von Hevjin gegründet und versteht sich als explizit kurdische LGBT-Bewegung in der Türkei. Die Gruppe unterhält auch Kontakte zu türkischen LGBT-Organisationen im Westen der Türkei, sowie zu im Untergrund arbeitenden LGBT-Organisationen in Irakisch-Kurdistan.

Bis heute kämpft die Gruppe damit, dass sie bislang weder einen offiziellen Status als Verein besitzt, noch über irgendwelche Geldquellen verfügt. Um als Verein anerkannt zu werden, müsste Hebûn nach türkischem Recht ein Vereinsbüro haben, was sich die Gruppe allerdings nicht leisten kann. Ohne ein offizieller Verein zu sein, können aber auch nirgendwo Projektanträge gestellt werden.

Hebûn kämpft auf mehreren Fronten für die Rechte kurdischer Schwuler, Lesben, Bisexueller und Transgender-Personen. Einerseits ist die kurdische Gesellschaft, trotz der Präsenz linker politischer Organisationen immer noch sozial extrem konservativ. Homosexualität gilt sehr vielen KurdInnen als Schande, wenn nicht gar als Verbrechen. Nichtheteronormative KurdInnen müssen ihre sexuelle Orientierung deshalb oft verstecken. Wer sein Comingout out wagt oder bei wem Homosexualität ‚entdeckt‘ wird, muss mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen. Eine der Gründerinnen von Hebûn, wurde nach ihrem Comingout out für drei Jahre von ihrer Familie eingesperrt. Öykü, die als Mann geboren wurde und heute als Frau lebt, wurde dabei mit Eisenketten angekettet und fast von ihrem Bruder, der Mitglied der islamistischen kurdischen Hizbollah war, ermordet. Ein anderer Aktivist von Hebûn berichtet hingegen von Diskriminierungen von KurdInnen innerhalb der türkischen LGBT-Szene. Rojbejeni fasst zusammen: „Als kurdischen Schwule und Lesben sind wir doppelt diskriminiert, sowohl von der kurdischen Gesellschaft aufgrund unserer sexuellen Orientierung, als auch vom türkischen Staat weil wir Kurdinnen und Kurden sind. Dass sich die kurdische Partei BDP auch für die Rechte von Homosexuellen ausspräche wäre zwar ein Fortschritt, allerdings wären diese Forderungen bisher nur auf dem Papier zu finden. Viel wichtiger wäre es, so die AktivistInnen von Hebûn, wenn sich die BDP auch gegenüber ihrer eigenen Basis klar für die Rechte von LGBT-Personen einsetzen würde. Trotzdem versteht sich Hebûn als Teil der kurdischen Bewegung. Die AktivistInnen der Gruppe wollen nicht in die toleranteren westtürkischen Metropolen

abwandern, weil sie für das Recht kämpfen „als schwule und lesbische KurdInnen in Kurdistan leben zu können“.
Hebûn verfügt in Diyarbakır/Amed durchaus über eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit. Bei Veranstaltungen der Gruppe kommen über 50 Personen. Hebûn war dieses Jahr auch mit Regenbogen-Fahnen auf dem Newroz-Fest vertreten.
LeEZA unterstützte die Aktivitäten von Hebûn mit einer kleinen Anfangsspende von € 500. In Zukunft sind auch gemeinsame Projekte und eine Einladung einzelner AktivistInnen zu Vorträgen für die kurdische Diaspora in Europa angedacht.

7.) Menschenrechtsbeobachtung: Der KCK-Prozess in Diyarbakir

Drei Mitglieder der LeEZA-Delegation besuchten am Montag, den 9. April den 72. Verhandlungstag des KCK-Prozesses gegen 151 Angeklagte in Diyarbakır/Amed. Außer den Vertretern der Botschaften der Schweiz, Schwedens und der EU waren die LeEZA-AktivistInnen damit als einzige internationale BeobachterInnen anwesend.
Die Verhandlung ist Teil des KCK-Prozesses gegen vermeintliche Mitglieder der Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans), der vom Türkischen Staat vorgeworfen wird, eine staatliche Parallelstruktur zu Türkei aufzubauen und einer terroristischen Vereinigung (der PKK) anzugehören. Von April 2009 bis Ende 2011 wurden über 7.700 Menschen (sic!) als vermeintliche Mitglieder der KCK festgenommen, darunter zahlreiche Bürgermeister kurdischer Gemeinden, Intellektuelle, JournalistInnen, KünstlerInnen aber auch Minderjährige, die auf Demonstrationen Steine geworfen hatten oder sonst irgendwie auffällig geworden waren. Seither werden viele dieser Angeklagten ohne ein Urteil in Untersuchungshaft gehalten, die beliebig verlängert wird.
Auch die drei ProzessbeobachterInnen von LeEZA entdeckten unter den Angeklagten manch alten Bekannten, darunter auch den ehemaligen Bürgermeister des Stadtteils Yenişehir, Fırat Anlı, mit dem LeEZA und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit für das Frauenzentrum EPİ-DEM zusammenarbeiteten.

Bild: Der seit über einem Jahr inhaftierte Bürgermeister der BDP, Fırat Anlı, hier bei einem Ausflug des Frauenzentrums Epidem, im Jahr 2009.

LeEZA-Obfrau Mary Kreutzer zeigte sich über den Verlauf des Prozesses entsetzt: „Ich habe noch nie ein Gerichtsverfahren gesehen, das eine solche Inszenierung darstellte. Die Angeklagten wurden von doppelt so vielen Uniformierten abgeschirmt, wie Angeklagte im Raum waren. Die während dieses Tages vorgelegten ‚Beweise' waren einfach lächerlich!" Auch Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger, der neben seiner Mitgliedschaft im Vorstand von LeEZA auch Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie ist, beurteilt den Prozess kritisch: „Die Gefangenen scheinen zwar ungebrochen, aber unsere Beobachtungen bestätigten die Vermutung, dass es sich dabei um einen politischen Prozess handelt. Den Angeklagten wurde nicht einmal eine konkrete Straftat vorgeworden, sondern nur die Zugehörigkeit zur KCK."
Auffällig war für die drei ProzessbeobachterInnen von LeEZA auch der Umgang mit der kurdischen Sprache. Wie an den anderen Prozesstagen weigerten sich die Angeklagten Türkisch zu sprechen. Ihre in Kurdisch getätigten Aussagen wurden vom Gericht nicht zur Kenntnis genommen. Kurdisch ist zwar nicht mehr wie bis Anfang der 1990er-Jahre strikt verboten. Allerdings sind die Minderheitensprachen in der Türkei auch nicht als Amts- und Gerichtssprachen zugelassen. So nimmt das Gericht immer nur die türkischen Aussagen der Anwälte der Angeklagten zur Kenntnis, nicht aber die Aussagen der Angeklagten selbst.

Und zum Abschluss noch ein paar Bilder aus Dêrsim:

Bild: Auch wenn im Gerichtssaal Kurdisch verboten ist, empfängt das Ortsschild von Dêrsim/Tunceli zweisprachig. Vor einigen Jahren wäre ein solches Schild undenkbar gewesen.

Bild: Gespräch mit einer beeindruckenden und engagierten Politikerin, der Bürgermeisterin von Dêrsim/Tunceli, Edibe Şahin. Seit 8 Jahren wird die Stadt von der BDP, und von einer Frau, regiert. „Ich war Lehrerin, als die Militärs 1980 putschten. Hier gleich um die Ecke, im Lehrerhaus, wurde ich damals gefoltert."

Bild: Dêrsim / Tunceli: Die Stadt selbst wurde erst nach den Massakern von 1938 in den 1940er-Jahren vom Militär angelegt und ist heute noch hochgradig militarisiert.

Bild: Auf allen Anhöhen, die die Stadt umzingeln, sind Militärposten aufgestellt. Hubschrauber und Kampfjets stellen rund um die Uhr das Hintergrundgeräusch.

Bild: Die Folgen der Staudämme am Munzur stellen eine Katastrophe für die Menschen der Region dar. Hier das „vorher“ und „nachher“ aus Sicht eines Kindes.

Bild: Folgen des Staudammes. „Zu den unzähligen Nachteilen für die Menschen wie etwa Vertreibung, Verlust der Heimat, das ökologische Desaster und vieles mehr, klagen immer mehr Menschen über die psychischen Folgen der Überflutungen“, so Edibe Sahin, die Bürgermeisterin von Dêrsim. „Menschen berichten, dass sie im Schlaf von ihren Vorfahren aufgesucht werden. Sie fragen, warum sie im Wasser zurückgelassen wurden und werden ihnen vor, nichts gegen den Staudamm unternommen zu haben. Für uns AlewitInnen ist der Fluss heilig. Viele unserer heiligen Orte liegen am Munzur. Nun stehen sie unter Wasser.“

Bild: Aufstand und Massaker. Die Bevölkerung Dêrsims, Zazaki und Kurmanji sprechende KurdInnen, die mehrheitlich dem alewitischen Glauben angehören, leisteten in den 1930er Jahren massiven Widerstand gegen die türkische Assimilierungspolitik. Nach vergeblichen diplomatischen Versuchen den Abzug des Militärs aus ihrem Gebiet zu erreichen, griffen die BewohnerInnen unter der Führung von Seyid Riza zu den Waffen. Obwohl Seyid Riza und andere Anführer noch im Jahr 1937 gefangen genommen und hingerichtet wurden, wurde der Aufstand fortgesetzt. In der Folge wurden ganze Dörfer zerstört und die türkische Armee ging mit aller Härte gegen die Zivilbevölkerung vor. Die Opferzahlen variieren. Während der türkische Staat nach eigenen Angaben 12 000 KurdInnen ermordet hat, wird die Zahl der Opfer von kurdischer Seite auf etwa 70 000 geschätzt. Die Auseinandersetzung mit dem historischen Ereignis ist somit weiterhin hochaktuell. Dass sich der türkische Staat zu diesem Massaker nicht bekannt und sich nicht entschuldigt hat, bleibt für die Überlebenden eine offene Wunde. Für viele KurdInnen ist „Dêrsim“ bis heute das Symbol des kurdischen Widerstands.

www.leeza.at, info@leeza.at
Postfach 105, 1181 Wien, Tel.: 0650-5236415
Knt. Nr.: 6.955.355, BLZ: 32.000 Raiffeisen Landesbank NÖ
IBAN AT4432 0000 0006 955355, BIC (SWIFT) RLNWATWW

Abschließend möchten wir uns herzlich bei den SpenderInnen und den FördergeberInnen bedanken!
Mit solidarischen Grüßen, das LeEZA-Team.